Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4—5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerzgebirge. Fernsprecher 53.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 73 — Sonnabend, den 29. März 1919 — 14. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die Nationalversammlung hat das Gesetz über Schaffung einer Reichsmarine in 1. und 2. Lesung angenommen.

■

Die deutsche Regierung hat unter Zustimmung aller Parteien das feindliche Ultimatum wegen Durchzugs einer polnischen Armee durch Danzig ablehnend beantwortet.

■

Auf der Friedenskonferenz soll die Neigung bestehen, Deutschland mit möglichster Rücksicht zu behandeln.

■

Wilson veröffentlicht eine Erklärung, derzufolge die Beratungen über den Völkerbund keine Verzögerung der Friedensbesprechungen verursacht haben.

■

Der Papst erklärte, daß er sich für die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen an maßgebender Stelle sehr warm verwendet habe.

Der neue Krater.

Das vollständige Fiasko der Politik Michael Karolyis in Ungarn brachte eine neue bolschewistische Eruption hervor. Karolyi, der schon während des Krieges darauf hinarbeitete, Ungarn von Deutschland zu trennen, in der Hoffnung, durch den Anschluß an die Entente und besonders an Frankreich Ungarn vor der Katastrophe zu retten, war natürlich der gegebene Führer, als die Revolution in Ungarn seine Absichten verwirklicht hatte. Vergeblich waren alle warnenden Stimmen, vergeblich der Kampf der dreibundfreundlichen Politiker. Wahnsinnig war seine Politik um nicht zu sagen unglaublich dumm. Denn Frankreich hatte in Rumänien, Serbien, Böhmen und Polen, also unter den natürlichen Feinden Ungarns, ältere Freundschaften; war schon große Verpflichtungen auf Kosten Oesterreichs aber auch Ungarns eingegangen.

Angeborener Größenwahn kam Karolyi zu Hilfe: Frankreich würde doch natürlich alle diese alten kleinen Freunde fahren lassen, wenn das große Ungarn an ihre Stelle trat.

Frankreich tat das nicht, konnte das garnicht tun. Nicht aus Ritterlichkeit oder anderen edlen Beweggründen, sondern aus höchst selbstsüchtiger Politik. Rußland ist zusammengebrochen. Frankreich hat im Rücken von Deutschland keinen starken Bundesgenossen mehr. Ersatz mußte geschaffen werden. Dieser Ersatz können nur Tschechien und Polen sein, nicht Ungarn, das zu weit abliegt und obendrein so lange mit Deutschland verbündet war, daß es beim Wechsel auch nur eines Staatsmannes wieder zu Deutschland hinneigen könnte. Frankreich hat noch einen zweiten Nachbar, mit dem es sich nicht immer gut steht: das ist Italien. Auch da ist der gegebene Bundesgenosse: Serbokroatien, nicht Ungarn

Frankreich betreibt eben nach wie vor die abgewirtschaftete imperialistische Intrigenpolitik. Es war klar, daß es Ungarn opfern mußte, um seine alten neuen Freunde mit ungarischem Gebiet zu füttern. Karolyi hatte Anhang durch seinen Pazifismus und Radikalismus gewonnen. Seine Politik scheiterte, der Radikalismus ging über ihn hinweg.

Nun aber breitet sich der Bolschewismus im Osten rapide aus. Wer weiß, wielange Tschechien und Polen, Rumänien und Serbokroatien frei bleiben, wenn Frankreich etwa Ungarn gegenüber zu Zugeständnissen auf ihre Kosten gedrängt wird. Damit ist auch Frankreichs Kartenspiel zerrissen, denn die französischen Imperialisten hassen den Bolschewismus, der sie um die russischen Milliarden geprellt hat.

Und ein neuer Krieg flammt auf. Französische Truppen sollen den Bolschewismus in Ungarn niederwerfen — die Truppen, die des bald 5jährigen Krieges müde sind bis zur Verzweiflung.

Und warum? Weil Clemenceau imperialistische Politik treiben möchte. Es könnte der Tag nicht mehr fern sein, wo der alte „Tiger" an der Laterne baumelt.

Die deutsche Antwort auf das feindliche Ultimatum.

Die Polenlandung in Danzig abgelehnt!

Eine am Donnerstag dem Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa vom General Nudant übergebene Note forderte bekanntlich, daß die deutsche Regierung die Landung der Armee Haller in Danzig, die ein Teil der alliierten Armeen sei, sowie ihren Weitermarsch nach Polen zur Aufrechterhaltung der Ordnung gestatte. Jede Weigerung hiergegen würde als Bruch des Waffenstillstandes durch die Deutschen angesehen.

Die deutsche Regierung faßte nach eingehender Beratung im Kabinett und unter Zuziehung der Parteiführer der Nationalversammlung ihren Standpunkt in einer Note dahin zusammen, daß sie nach dem Waffenstillstandsvertrage nur verpflichtet sei, nur den Alliierten freien Zugang über Danzig und die Weichsel zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Gebieten des ehemaligen russischen Reiches zu gewähren. Bei Abschluß des Vertrages sei sie jedenfalls davon ausgegangen, daß es sich nicht um polnische Truppen handeln könne. Die Note weist dann auf die bekannten Vorkommnisse bei der Durchreise des polnischen Ministerpräsidenten Paderewski hin, der unter grober Verletzung der gewährten Gastfreundschaft auf deutschem Boden das Zeichen zum Aufruhr und Bürgerkrieg gegeben und bei seiner Anwesenheit in Danzig im Dezember 1918 gesagt habe, wenn die polnischen Divisionen aus Frankreich und Italien erst einmal in Danzig seien, würde Danzig und ganz Westpreußen polnisch werden. Weiter wird hingewiesen auf die zahlreichen Kundgebungen der deutschen Mehrheit in Westpreußen, die gegenüber polnischen Angriffen gewaltsam Widerstand leisten wolle. Durch den so entstehenden Bürgerkrieg werde auch die deutsche Ostfront gegen den russischen Bolschewismus gefährdet. Aus diesen Gründen könne die deutsche Regierung die gewünschten Maßnahmen nicht verantworten, sie sei aber bereit, die Landung der Armee Haller in Stettin, Königsberg, Memel oder Libau mit allen Mitteln zu erleichtern. Die deutsche Note ersucht daher um alsbaldige Mitteilung über Zusammensetzung und Stärke der Armee, Zeitpunkt der Landung und Angabe der Zeitdauer zur Durchbeförderung bis nach Polen. Zum Schluß wird die Frage gestellt, welche Gewähr die Alliierten dafür bieten könnten, daß nicht die Armee des Generals Haller oder ein Teil sich an politischen Kundgebungen oder etwaigen Aufständen der polnischen Minderheit beteiligen werde.

Alle Parteien gegen die Landung in Danzig.

Das „Berliner Tageblatt" schreibt: Die deutsche Antwortnote auf die Forderung des Generals Nudant betreffs des Durchzuges der Armee Haller durch Danzig ist von sämtlichen Parteien der Nationalversammlung einschließlich der unabhängigen Sozialdemokraten genehmigt worden.

Vom Frieden.

Die Einladung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Wie das Büro „Europa Preß" erfährt, soll die deutsche Friedensdelegation in etwa zwei Wochen nach Paris oder einem anderen Orte eingeladen werden, um die Bedingungen des Präliminarfriedens entgegenzunehmen. Gleichzeitig sollen die Delegierten von der Gründung des Völkerbundes in Kenntnis gesetzt werden. Hierbei werden ihnen auch Mitteilungen über die Aufgaben im Völkerbund gemacht werden, die mit der Ausführung der Friedensbedingungen in Zusammenhang stehen. In dem Entwurf wird auch die Verwaltung der Rheinprovinz durch den Völkerbund bis zur Erfüllung aller Bedingungen durch Deutschland vorgesehen. Deutschland werde aufgefordert werden, den vorläufigen Vertrag zu unterzeichnen, jedoch soll dies nicht bezüglich des Völkerbundes gelten. Für die Annahme des Vertrages wird man Deutschland eine Frist von drei Wochen stellen, in der die Nationalversammlung befragt werden kann. Ende April erwartet man von Deutschland endgültige Entscheidung.

Versöhnlicher Geist im Pariser Viererrat.

Wie „Petit Parisien" erfährt, wurden sehr wichtige Probleme, welche unmittelbar die Gestaltung Deutschlands berühren, im Viererrat in versöhnlichstem Geiste erörtert. Das Blatt glaubt zu wissen, daß man dabei ernste Ergebnisse erzielt habe. Nach dem „Matin" sollen die Gebietsfragen, welche mit der Sicherheit Frankreichs zusammenhängen, eine für Frankreich zufriedenstellende Lösung erhalten haben, obgleich dies in einer von der Oeffentlichkeit nicht vorhergesehenen Weise geschehen sei. Die Zeitung glaubt daß man in der Finanzfrage sich für jährliche Zahlungen entscheiden werde, von denen Frankreich seinen Anteil erhalten würde, so daß sein Budget in fühlbarer Weise erleichtert werden würde.

Eine Drohung.

Nach einer Havas-Meldung erklärt das Pariser Blatt „Eclair", Frankreich könne sich nichts Besseres wünschen, als daß der von der Entente vorbereitete Frieden von den Deutschen abgelehnt würde. In diesem Falle würde Foch in Frankfurt am Main einrücken und mit seinen Truppen das Ruhrbecken besetzen. Das mit Erzen versorgte Essen werde dann für die französische Regierung arbeiten. Aachen sei ein großes industrielles Zentrum. Die reichsten Gegenden Deutschlands liegen in greifbarer Nähe Frankreichs. An Stelle einer regelmäßigen Kriegsentschädigung würden sie zu Lieferanten Frankreichs werden.

Vom Völkerbund.

Eine Erklärung Wilsons.

Präsident Wilson hat folgende Erklärung veröffentlichen lassen:

Im Hinblick auf die sehr überraschende Ansicht, die in manchen Kreisen zu herrschen scheint, daß es die Diskussionen der Kommission für den Völkerbund sind, welche die Endformulierung des Friedensvertrages verzögern, ergreife ich sehr gern die Gelegenheit, um mitzuteilen, daß die Beschlüsse dieser Kommission als erste der Plenarsitzung vorgelegt wurden. Sie wurden am 14. Februar veröffentlicht und die Welt hatte einen vollen Monat Zeit, um den damals vorgelegten Völkerbundsentwurf in allen Einzelheiten zu besprechen. Während der letzten Tage ist die Kommission bemüht gewesen, aus den Kritiken, welche die Veröffentlichung des Völkerbundvertrages hervorgerufen hat, Nutzen zu ziehen. Ein Komitee der Kommission hat auch den Vorzug gehabt, eine Konferenz zwischen Vertretern der neutralen Nationen abzuhalten, die ein sehr tiefgehendes Interesse und den wohl einstimmigen Wunsch gezeigt hat, sich auf den Völkerbund einzustellen. Der revidierte Völkerbundsvertrag ist bereits so gut wie fertiggestellt. Er befindet sich in den Händen eines Komitees, das die Aufgabe hat, den Endentwurf fertigzustellen und wird sogleich der Oeffentlichkeit ein zweites Mal vorgelegt werden. Die Konferenzen der Kommission haben ausnahmslos zu Zeiten stattgefunden, wo sie auf die Beratungen derjenigen, die es auf sich genommen haben, die endgültigen Beschlüsse der Konferenz mit Rücksicht auf die vielen anderen komplizierten Friedensprobleme zu formulieren, nicht störend einwirken konnten, so daß die Mitglieder der Kommission sich zu der Tatsache beglückwünschen, daß kein Teil ihrer Konferenzen je irgendeine Art von Verzögerung bewirkt hat.

Das Schicksal unserer Kriegsgefangenen.

Der Papst für Freilassung der Gefangenen.

Nach der „Kölnischen Volkszeitung" hat der Papst auf das von der Fuldaer Bischofskonferenz an ihn gerichtete Bittgesuch, sich für eine baldige Freilassung der deutschen Gefangenen zu verwenden, in einem eigenhändigen Schreiben u. a. wie folgt geantwortet: Im vergangenen Novembermonat, nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes, hat unser Kardinalstaatssekretär bei einigen Staaten des Verbandes zugunsten der deutschen Kriegsgefangenen Schritte getan, namentlich für die Kranken und Verwundeten, und im darauffolgenden Monat wiederholte er seine Bemühungen, um die Lage so vieler Unglücklichen zu verbessern. Etwas später haben wir sodann bei einer feierlichen Gelegenheit einer hohen Persönlichkeit unser lebhaftes Verlangen zum Ausdruck gebracht, die Hunderte und Tausende von deutschen Gefangenen zu ihrem heimatlichen Herd zurückgeführt zu sehen, und wir hatten die Genugtuung, zu erfahren, daß jene Persönlichkeit voll und ganz unsere liebevollen